

Pressemitteilung – JES Bundesverband e. V.

Tausende Patientinnen und Patienten werden zum Spielball von Stigmatisierung und wirtschaftlichen Interessen

Berlin, 01.09.2026

Der JES Bundesverband e. V. als Interessenvertretung Drogen gebrauchender Menschen, verurteilt die politische Entscheidung zur Einschränkung der Kostenübernahme von medizinischen Cannabisblüten durch die gesetzlichen Krankenkassen (GKV) auf das Schärfste. Diese Entscheidung ist medizinisch falsch und ein gesundheitspolitischer Rückschritt. Sie offenbart, dass Cannabispatientinnen und -patienten noch immer stigmatisiert, unter Generalverdacht gestellt und ihrer individuellen Therapieentscheidung beraubt werden. “Nach fast zehn Jahren erfolgreicher Behandlung von ca. 65000 Patienten, macht die deutsche Gesundheitspolitik nun einen großen Rückschritt in die Vergangenheit und beschneidet wieder eine seit Jahrzehnten erfolgreiche Therapieform,” so Claudia Ak, vom JES Bundesvorstand. Das der Anspruch auf Cannabisblüten in der Vergangenheit von mehreren Patienten höchststrichterlich durchgesetzt wurde, interessiert dabei wenig.

65.000 Menschen sind keine politische Randgruppe

Etwa 65.000 langjährige, schwer erkrankte Patientinnen und Patienten sind auf Cannabisblüten angewiesen. Für sie bedeutet diese kurz vor der Sommerpause in einem extrem verkürzten Verfahren beschlossene Neuregelung pure Existenzangst und den Verlust einer funktionierenden Behandlung. Und viel mehr Schmerzen. “Wer Menschen trotz stabiler Einstellung zum Therapiewechsel zwingt, nimmt die Verschlechterung ihres Gesundheitszustands bewusst in Kauf,” so Ak weiter. Alternative inhalierbare Extrakte, auf die viele Patienten wegen des schnelleren Wirkungseintritts angewiesen sind, werden aktuell nicht von den Krankenkassen übernommen. Das viel teurere Fertigarzneimittel Exilby ist wegen seines verzögerten Wirkeintritts für viele Betroffene keine gleichwertige Alternative.

Das eigentliche Problem: Fortlaufende Stigmatisierung

Cannabispatientinnen und -patienten sind keine Menschen zweiter Klasse oder „Kiffer“, die sich ihre Wunschröge finanzieren lassen. Dennoch wird ihre Therapie in der Politik weiterhin durch die Brille von Drogenpolitik, Misstrauen und Kontrolle betrachtet. Diese Regelung bricht ohne medizinische Grundlage funktionierende Behandlungen ab und drängt Menschen zurück in Schmerzen und Hilflosigkeit. Das ist grausam. Über Jahrzehnte hinweg erstrittene höchststrichterliche Urteile zur Kostenerstattung werden damit auf einen Schlag entwertet. Bei

anderen chronisch Kranken käme niemand auf die Idee, eine erfolgreiche, notwendige Therapie pauschal infrage zu stellen.

Intransparenz und Verdacht wirtschaftlicher Einflussnahme

Sowohl die Entstehung als auch die Ausgestaltung der Neuregelung werfen schwerwiegende Fragen auf. Wie der Deutsche Hanfverband (DHV) und der Spiegel dokumentieren, steht der Verdacht im Raum, dass wirtschaftliche Interessen eines einzelnen Pharmaunternehmens Einfluss auf die Neuregelung genommen haben könnten. Berichte über finanzielle Zuwendungen an die Regierungs-Parteien im Zusammenhang mit der Streichung der Blüten-Erstattung sowie die bevorzugte Positionierung von Fertigarzneimitteln wie Exilby müssen transparent aufgeklärt werden.

Laut einem aktuellen Bericht des Spiegel (Ausgabe 36/2026, S. 35) hat das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) die Zulassung für das neue Fertigarzneimittel Exilby entgegen der fachlichen Bewertung der eigenen Experten nur erteilt, weil die Hausleitung eine entsprechende mündliche Vorgabe machte. Auch der bayerische Ministerpräsident Markus Söder soll darin verwickelt sein.

Diese politisch motivierte Einflussnahme untermauert den Vorwurf der unzulässigen wirtschaftlichen Einflussnahme im Zulassungsverfahren massiv und beschädigt das Vertrauen in die Integrität des Gesundheitssystems und dessen Selbstverwaltung.

Zudem sind Exilby und ca. 5-6 mal so teuer wie die entsprechende Dosis Cannabisblüten. Die beabsichtige Einsparung der Bundesregierung kann so unmöglich erreicht werden.

Unsere Forderungen

Der JES Bundesverband e. V. fordert die Verantwortlichen mit Nachdruck auf:

- Sofortige Rücknahme der GKV-Erstattungseinschränkungen für medizinische Cannabisblüten.
- Gewährleistung einer individuellen, bedarfsgerechten Versorgung frei von Vorurteilen.
- Stopp des Therapiewechsel-Zwangs bei erfolgreicher und gut verträglicher Behandlung.
- Erhalt des Zugangs zu inhalierbaren Optionen für medizinisch angewiesene Patienten.
- Lückenlose, transparente und unabhängige Aufklärung der Lobbyismus- und Spendenvorwürfe.
- Erhalt der ärztlichen Therapiefreiheit ohne Einschränkungen durch die Hintertür.

Schluss mit der Stigmatisierung von Cannabispatienten

Medizinische Behandlung darf nicht nach gesellschaftlichen Vorurteilen oder wirtschaftlichen Interessen organisiert werden. Wer Cannabispatientinnen und -patienten unter Generalverdacht stellt, statt den individuellen Therapieerfolg anzuerkennen, reproduziert Stigmatisierung.

Ansprechperson: Frau Claudia Ak Mail: claudia.ak@jes-bundesverband.de